



Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Baden- Württemberg

📅 04.05.2020

KLIMAWANDEL

Der Klimawandel ist mit Corona nicht vorbei



📷 © hykoe/stock.adobe.com

Baden-Württemberg. Bevor Umweltminister Franz Untersteller (Grüne) die Landespolitik nach dieser Wahlperiode verlässt, hat der gebürtige Saarländer noch einiges vor: Neben dem Umgang mit der Coronakrise gehöre dazu auch, zeitnah Investitionen anzustoßen, um dem Klimawandel Herr zu werden, wie er im PZ-Interview sagt.

Pforzheimer Zeitung: Herr Untersteller, in der Corona-Krise spielen Umwelt-Themen kaum eine Rolle. Wären Sie theoretisch ein Kandidat für Kurzarbeit?

Franz Untersteller: Es ist verständlich, dass das Thema Corona-Pandemie derzeit alles und jeden beherrscht. Es ist nachvollziehbar, dass alles andere in den Hintergrund rückt. Auch ich bin sehr viel im Homeoffice, mache praktisch keine Außentermine. Wie viele andere Menschen auch musste ich meine Arbeitsweise umstellen und Video- und Telefonkonferenzen spielen jetzt eine größere Rolle. Ich selbst bin nicht gemacht für wochen- und monatelanges Homeoffice, das merke ich zunehmend. Wie jeder von uns

muss auch ich in diesen Tagen und Wochen Einschränkungen hinnehmen, es läuft aber von Tag zu Tag besser. Wir sind gut vernetzt im Ministerium und die Digitalisierung ist erheblich vorangeschritten.

Wie viele Kapazitäten bindet das Coronavirus in ihrem Ministerium?

Die Arbeit im Ministerium geht fachlich ungebremst weiter – eigentlich so, als ob nichts wäre. Vermerke, Kommentierungen und Unterschriftenlisten stehen so wie immer an der Tagesordnung und auch der Crashkurs in Sachen Digitalisierung hat gut geklappt.

Haben die Menschen den Klimawandel vergessen?

Nein, das glaube ich nicht. Wer den April erlebt hat – vielerorts ohne einen einzigen Regentropfen – der merkt, dass das nichts ist, das mit Corona vorbei ist. Das ist ein Thema, das uns danach unbedingt wieder dringend beschäftigen muss. Im Zuge der Bewältigung der Corona-Krise sollten wir dieses Thema mit auf dem Plan haben. Wenn wir Konjunkturprogramme für die wirtschaftliche Bewältigung der Krise auflegen, sollten wir daran denken, Investitionen anzustoßen, die in der Zukunft bei dem Thema Klimawandel weiterhelfen können. Zum Beispiel im Wärmesektor, beim Ausbau der erneuerbaren Energien oder der Infrastruktur der neuen Mobilität, also etwa in Bezug auf Ladesäulen für E-Autos. Alle diese Themen helfen uns, Arbeitsplätze zu sichern und zu schaffen, Wertschöpfung in unseren Regionen zu erzeugen und einen Beitrag zur CO₂-Reduzierung zu leisten.

Nach 2018 und 2019 droht auch 2020 wieder ein Dürre-Sommer zu werden. Wie bereiten Sie sich darauf vor?

In den vergangenen Jahren haben wir deutliche Hinweise erhalten, dass der Klimawandel auch bei uns angekommen ist. Wir haben die Trockenheit in der Landwirtschaft, die Probleme in der Forstwirtschaft mit Borkenkäferbefall und hatten 2018 mit Niedrigwasser in den Flüssen zu kämpfen. In diesem Winter ist der Tourismus komplett ausgefallen, etwa im Nordschwarzwald. Auch hier sehen wir tiefe Auswirkungen wirtschaftlicher Art, die der Klimawandel mit sich bringt. Es gilt, in zweierlei Hinsicht aktiv zu sein. Zum einen spielt die Reduzierung der CO₂-Emissionen eine große Rolle. Hier sind wir seit geraumer Zeit dabei, ein Klimaschutzgesetz aus dem Jahr 2013 weiterzuentwickeln und zu novellieren – mit dem Ziel, das Gesetz mit einem Minderungsziel für 2030 zu versehen und neue Maßnahmen in die Diskussion zu bringen und umzusetzen. Auf der anderen Seite wird es aber auch darum gehen, Anpassungsstrategien zu entwickeln. Also beispielsweise die Anlage von mehr Grünflächen in unseren Städten – nur eine der Maßnahmen in unserem Integrierten Energie- und Klimaschutzkonzept.

Sie wollen sich zum Ende der Wahlperiode aus der Landespolitik zurückziehen. Machen Sie sich Sorgen, relevante Themen bis zu diesem Zeitpunkt nicht mehr zu schaffen?

Nein, wir liegen mit unseren wesentlichen Vorhaben noch im Plan. Ich gehe davon aus, dass wir die Novelle des Klimaschutzgesetzes hinbekommen und dass wir das damit einhergehende Maßnahmenpaket auf den Weg bringen können. Ferner denke ich, dass wir auch das von uns entwickelte Gesetzgebungsverfahren als Alternative zu dem Volksbegehren „Rettet die Bienen“ in den nächsten Monaten ins parlamentarische Verfahren bringen können. Darin enthalten sind weitreichende Punkte wie die Stärkung des Artenschutzes und der Biodiversität, der Ausbau des ökologischen Landbaus und die Reduzierung des Einsatzes von Pflanzenschutzmitteln. Dies soll eine Art Abschluss bilden, bevor es an die Umsetzung der gesetzlichen Maßnahmen gehen kann.

Quelle: [Pforzheimer Zeitung](#); Interview: Christoph Stäbler

